BESCHLUSS DES GEMEINDERATES
VOM 04. JULI 2019

16 Resolution

16.1 Erklärung des Klimanotstandes

Der Vorsitzende, Bürgermeister Albert Ortig, führt aus:

„**Einleitung/Begründung:**

zahlreiche Städte und Gemeinden in Europa und auf der ganzen Welt haben bereits den Klimanotstand ausgerufen. Die Ausrufung des Klimanotstandes hat zum Ziel, die unaufschiebbare Dringlichkeit der irreversiblen Folgen der Erderhitzung sowohl für die die BürgerInnen, die Wirtschaft, die Natur als auch für die Stadtverwaltung zu verdeutlichen. Eine Stadt, die den Klimanotstand ausruft, zeigt ihren Bürgerinnen und Bürgern, dass sie den Ernst der Lage verstanden hat und dass sie selbst Verantwortung übernimmt.
Als Klimabündnis-Gemeinde schließen wir uns der weltweiten Bewegung der Städte und Gemeinden an und stellen fest, dass

- der Klimawandel eine sich schnell entwickelnde Krise ist, welche die globale Stabilität, die Natur und die menschliche Existenz ernsthaft gefährdet.

- der Weltklimarat (IPCC) einen Sonderbericht zu den Folgen der globalen Erderwärmung herausgebracht hat. Darin stellt er die Notwendigkeit fest, globale Treibhausgasemissionen bis weit vor 2030 zu reduzieren, um die Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken und damit die katastrophalsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden. Dies ist nur erreichbar mit ehrgeizigen Maßnahmen der nationalen und subnationalen Ebenen, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor, indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften.

- das derzeitige Tempo und Ausmaß der nationalen Klimaschutzmaßnahmen nicht ausreicht, um erhebliche Schäden für Wirtschaft, Umwelt und menschliche Gesundheit in den kommenden Jahrzehnten abzuwenden.

- insbesondere arme Bevölkerungsgruppen am stärksten von langjähriger Umweltungerechtigkeit betroffen sind und die negativen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen der auf fossilen Rohstoffen basierenden Wirtschaft und der Übernutzung von Ressourcen am stärksten spüren.

- die Abholzung des Regenwaldes im Amazonasbecken und anderer Regenwälder ein zusätzlicher Treiber des Klimawandels ist und die Lebensräume und Kulturen der indigenen Völker zerstört. Da Regenwaldschutz auch Klimaschutz ist,

bekräftigen wir daher die durch unsere Mitgliedschaft im Klima-Bündnis eingegangene Verpflichtung, indigene Organisationen zu unterstützen.

- unsere Gemeinde bereits unter den Folgen des Klimawandels in Form von Überhitzung in den Sommermonaten leidet. Diese Auswirkungen werden sich voraussichtlich verstärken, wenn globale Treibhausgasemissionen nicht signifikant reduziert werden.

- der Klimawandel grundlegende menschliche Bedürfnisse, wie Nahrung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Verkehrsmittel und Energie verteuern wird. In Kombination mit geringen Löhnen führt dies zu weiterer Vermögensungleichheit.

- nationale und lokale Regierungen weltweit ihre Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 signifikant reduzieren müssen, um innerhalb einer Erwärmung von 1,5 Grad Celsius zu bleiben und die Gemeinde sich verpflichtet, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Ried im Innkreis erklärt den Klimanotstand, der unsere Gemeinde, unser Land sowie die Menschheit und natürliche Welt bedroht.
Dies bedeutet, dass sich die Gemeinde Ried im Innkreis verpflichtet

- **so ehrgeizig wie möglich daran zu arbeiten, die kommunalen Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich zu reduzieren und langfristig zu beseitigen.**

- **die Anstrengungen zur Entwicklung von Anpassungs- und Widerstandsstrategien zur Vorbereitung auf die Intensivierung der Klimaauswirkungen zu beschleunigen.**

- **die Klimaauswirkungen aller zukünftigen Entscheidungen zu berücksichtigen und Lösungen und Aktionen zu bevorzugen, die positive Auswirkungen für Klima, Umwelt und biologische Vielfalt haben.**

- **Klimafragen in alle kommunalen Aufgabengebieten zu integrieren.**

- **die zuständigen Abteilungen in der Gemeinde (z.B. Umwelt, Verkehr, Planung) mit ausreichend finanziellen Mitteln und vor allem mit den benötigten personellen Ressourcen und Kompetenzen auszustatten um die Herausforderungen bewältigen zu können.**

- **Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Ried im Innkreis appelliert an den Bundes- und Landesgesetzgeber, alle künftigen Gesetze einem Klimaschutzcheck zu unterziehen, sowie die Städte und Gemeinden bei**

ihren teilweise ambitionierten Maßnahmen bestmöglich zu unterstützen und die rechtlichen Rahmenbedingungen derart auszugestalten, dass den Städten und Gemeinden die Erfüllung ihrer Klimaschutzziele möglich wird.

Nach Verlesung der Resolution bringt Bürgermeister Albert Ortig zwei Zusatzanträge ein.

Zum einen sollen Bund und Land aufgefordert werden, die Gemeinden bei Klimaprojekten, die sie nicht alleine stemmen können, mit finanziellen und personellen Ressourcen zu unterstützen.

Zum zweiten legt Bürgermeister Albert Ortig die Resolution des Oö. Landtages, die vollinhaltlich verlesen wird, ebenfalls zur Beschlussfassung vor.

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
Klimaschutzmaßnahmen intensivieren

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich im Sinne der oberösterreichischen Bevölkerung sowie den nächsten Generationen bei der Bundesregierung für weitreichende Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen, insbesondere dafür, dass

- bei der derzeit stattfindenden Überarbeitung des Nationalen Energie- und Klimaplans ein Maßnahmenpaket entwickelt wird, das die Erreichung der österreichischen Klimaziele bis 2030 sicher stellt und damit auch drohende massive Kosten für den Ankauf von Klimaschutzzertifikaten vermeidet,
- der Klimaschutz auf Basis der internationalen Vereinbarungen explizit als Verfassungsziel im Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung verankert wird,
- die Energiewende sowie die Mobilitätswende mit voller Kraft forciert wird,
- eine Steuerreform mit ökologischen Anreizen, die sich nicht nachteilig auf den Wirtschaftsstandort Österreich und den ländlichen Raum auswirkt, umgesetzt wird,
- sie auf EU-Ebene dafür eintritt, dass die klimapolitischen Maßnahmen auf europäischer Ebene intensiviert und die europaweiten Bemühungen zur Erfüllung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens angehoben werden,
- auf EU-Ebene sowie international dafür eingetreten wird, dass alle Mitgliedstaaten die Energiegewinnung durch Atomkraft und Verbrennung von Kohle einstellen und in diesem Bereich im Sinne der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes zukünftig auf erneuerbare Energiequellen zurückgreifen.

Begründung

Weltweit führen uns bereits Extremwetterlagen, Dürre, Artensterben, steigende Meeresspiegel, Nahrungsmittelengpässe und neue Fluchtbewegungen wie auch die derzeitige frühsommerliche Hitzewelle in Oberösterreich auf eindringliche Weise vor Augen, welchen Handlungsdruck wir beim Klimaschutz haben.

Laut Weltklimabericht liegt die weltweite Erderwärmung mittlerweile bei etwa einem Grad, Tendenz steigend. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Mit wirkungsvollen Maßnahmen bewahren wir nicht nur unsere Artenvielfalt und Lebensgrundlagen vor Ort, Klimaschutzmaßnahmen sind auch klare Zeichen unserer Verantwortung für nachfolgende Generationen.

Das Weltklima-Übereinkommen von Paris aus dem Jahr 2015 ist eine der wichtigsten Weggabelungen in Sachen Klimaschutz. Das Klimaabkommen sieht vor, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst 1,5 Grad Celsius, gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu beschränken und in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine vollständige Dekarbonisierung anzustreben. Österreich hat dieses Übereinkommen ratifiziert und sich auf EU-Ebene verpflichtet, seinen Treibhausgasausstoß bis 2030 um mindestens 36 Prozent zu verringern, bezogen auf das Ausgangsjahr 2005.

Die Länder, die das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet haben, sollen ihre Reduzierung der Emissionen nicht mit noch mehr Energiegewinnung aus Atomkraft erreichen, sondern auf diese gefährliche Technologie verzichten und auf alternative Energiequellen zurückgreifen. Ein europaweiter Ausstieg aus der Atomenergie ist für uns der einzige richtige Weg, um zukünftige Generationen zu schützen.

Klar ist: die jetzigen politischen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald-, Meeres- und Bodenschutz reichen noch nicht aus, es bedarf eines verstärkten gemeinsamen Einsatzes aller Verantwortlichen. Deshalb müssen die bisherigen Bemühungen zum Klimaschutz intensiviert und ausgeweitet werden: Wichtiger Teil eines engagierten Klimaschutzes ist dabei jedenfalls die Energie- und Mobilitätswende. Auch ökologische Anreize im Rahmen einer Steuerreform zur Attraktivierung eines klimaschonenden Verhaltens sind eine sinnvolle Maßnahme für das Erreichen der Klimaschutzziele. Ziel muss dabei bleiben, dass weder der erfolgreiche Wirtschaftsstandort Österreich noch der ländliche Raum und die dort ansässigen Pendler benachteiligt werden.

Der Klimaschutz darf nicht vor den Staatsgrenzen haltmachen. Es gibt Klimaschutz-Maßnahmen, die können wir nur grenzüberschreitend verwirklichen. Die Europäische Union hat hier besondere Verantwortung, sie muss beim Klimaschutz die (globale) Führungsrolle übernehmen und das Pariser Weltklimaabkommen in die Tat umsetzen.

Linz, am 2. Juli 2019

A n t r a g:

Diejenigen Damen und Herren des Gemeinderates, die mit der Erklärung des Klimanotstandes für Ried im Innkreis – wie vom Berichterstatter vorgetragen – einverstanden sind, wollen zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben.

Die Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme des Antrages.

Z u s a t z a n t r a g 1:

Diejenigen Damen und Herren des Gemeinderates, die mit der Aufforderung an Bund und Land Oberösterreich einverstanden sind, die Gemeinden bei klimapolitischen Projekten mit finanziellen und personellen Ressourcen zu unterstützen, wollen zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben.

Die Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme des Antrages.

Z u s a t z a n t r a g 2:

Diejenigen Damen und Herren des Gemeinderates, die damit einverstanden sind, die von Wissenschaftlern erarbeitete Resolution des Oö. Landtages – wie vom Berichterstatter vorgetragen – 1:1 zu übernehmen und mitzubeschließen und damit als Stadt beispielgebend für andere Gemeinden die darin deklarierten Forderungen und Ziele zu unterstützen, wollen zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben.

Die Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme des Antrages.

Bürgermeister Albert Ortig bedankt sich bei allen Gemeinderatsmitgliedern für ihren Mut, ihr Engagement und ihren Geist, um den künftigen Generationen und den jungen Menschen die heute anwesend sind, die Möglichkeit zu geben, ihre Stadt und ihre Zukunft nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

Stadtamt Ried im Innkreis
Zahl: 501/2019 – ha
Amtsleitung
zur Kenntnisnahme bzw. weiteren Veranlassung

Umweltabteilung
zur Kenntnisnahme

z.d.A. Der Bürgermeister: